



04.077

Unternehmensstandort**Schweiz. Förderung****Implantation des entreprises
en Suisse. Promotion***Zweitrat – Deuxième Conseil*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.06.05 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.09.05 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.09.05 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.05 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.05 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 07.12.05 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.12.05 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.05 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Mehrheit
Eintreten*Antrag der Minderheit*
(Spuhler, Baader Caspar, Fattebert, Kaufmann, Miesch)
Nichteintreten*Proposition de la majorité*
Entrer en matière*Proposition de la minorité*
(Spuhler, Baader Caspar, Fattebert, Kaufmann, Miesch)
Ne pas entrer en matière

Gysin Hans Rudolf (RL, BL), für die Kommission: Zur Ausgangslage: Die bisherige gesetzliche Grundlage von "Standort: Schweiz" läuft Ende Februar 2006 aus. Der Bundesrat hat die Weiterführung des Programms in die Legislaturplanung aufgenommen, und am 17. November 2004 hat er die entsprechende Botschaft zuhanden des Parlamentes verabschiedet. Er beantragt einen Zahlungsrahmen von jährlich 4,9 Millionen Franken für zwei Jahre, nämlich für die Jahre 2006 und 2007. Davon sollen jährlich 1 Million Franken im Budget des Bundesamtes für Landwirtschaft haushaltneutral kompensiert und jährlich 1,5 Millionen über Gebühreneinnahmen Dritter gedeckt werden. Damit soll die Bearbeitung angestammter Märkte gezielt gestärkt, sollen wichtige Zukunftsmärkte neu bearbeitet und soll die Wirkungsmessung weiterentwickelt werden.

Die WAK-NR hat gegenüber dem Bundesrat am 24. August 2004 mittels eines Postulates angeregt, ein neues Konzept für die Landeswerbung zu erarbeiten. Der Bundesrat hat das Postulat angenommen. "Standort: Schweiz" ist wie Schweiz Tourismus und Präsenz Schweiz ein bedeutender Teil der schweizerischen Landeswerbung. Die Botschaft für die Weiterführung und Stärkung von "Standort: Schweiz" gewährleistet, dass der Gesetzgeber die volle Flexibilität bei der gewünschten Verbesserung der Koordination der Landeswerbung beibehält. Deshalb wurde die Finanzierung dieser Vorlage auf zwei statt vier Jahre begrenzt.

Beurteilung: Die Schweiz ist im internationalen Vergleich bezüglich aller Förderungsmassnahmen äusserst bescheiden. Das ist auch gut so. In einer globalisierten Welt findet der Wettbewerb aber nicht mehr zwischen Firmen, sondern zunehmend zwischen Standorten statt. Staaten stehen mit den von ihnen gesetzten Rahmenbedingungen im Wettbewerb um zunehmend mobile Produktionsfaktoren. Im globalen Wettbewerb müssen die Standorte erstens für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgen und zweitens das Wissen darüber verbreiten. Das Zweite, die sogenannte Standortpromotion, ist in der Schweiz als Verbundaufgabe zwischen





Bund und Kantone organisiert. Der Bund konzentriert sich mit seinem Programm "Standort: Schweiz" in Abstimmung mit den Kantonen auf die Vermarktung des Standortes Schweiz, also des Unternehmenstandortes Schweiz, im Ausland.

Die kantonalen Wirtschaftsförderungen ihrerseits sind für die konkrete Ansiedlung eines Unternehmens verantwortlich, womit allerdings auch die Kantone untereinander im Wettbewerb stehen. Deshalb ist es aus nationaler Perspektive entscheidend, dass das ausländische Unternehmen die Schweiz überhaupt als Standort wählt. Aus dem Ausland angesiedelte Firmen ersetzen aus der Schweiz ausgelagerte Arbeitsplätze, bringen neue Ideen und Verfahren ein und fördern so Innovation und damit auch Wirtschaftswachstum. International tätige Firmen und neuangesiedelte ausländische Unternehmen sind in der Regel produktiver als rein binnenorientierte Firmen. International ausgerichtete Unternehmen schaffen zudem mehr Arbeitsplätze. Ein weiterer Vorteil von Neuansiedlungen ist der damit verbundene Gewinn an unternehmerischem Know-how, ein ganz wichtiger Bereich.

Vergleichbare Standortkonkurrenten der Schweiz betreiben heute ein extensives Marketing für ihren Unternehmenstandort. Österreich zum Beispiel gibt jährlich gegen 7 Millionen Franken aus, Grossbritannien 17 Millionen Franken, die Niederlande über 13 Millionen Franken und Irland – man höre und staune – sogar 64 Millionen Franken. Wie in der Schweiz kommen dort noch weitere Aufgaben regionaler Standortpromotionen dazu.

Marketingtechnisch gesehen geht es letztlich darum, das gute Produkt "Unternehmensstandort Schweiz" im weltweiten Standortwettbewerb durch gezielte Informationstätigkeit bestmöglich zu positionieren und das Wissen über die positiven Standortfaktoren der Schweiz zu verbreiten. Zudem müssen wir in grossen Ländern, wie z. B. China, die Schweiz in erster Linie potenziellen Investoren in Erinnerung rufen und diese Leute dann auch davon überzeugen, dass

AB 2005 N 1305 / BO 2005 N 1305

unser Land ein bedeutender Unternehmens- und Forschungsstandort ist.

Die föderalistisch organisierte Schweiz hat ein gutes System: Der Bund ist für die Information bezüglich des Unternehmenstandortes Schweiz im Ausland verantwortlich, während die Kantone direkt für die Ansiedlung aus dem Ausland verantwortlich sind. Diese Klammerfunktion des Bundes ist entscheidend: Erstens ist er der glaubwürdigste Vertreter für einen einheitlichen Auftritt der Marke Schweiz, zweitens vertritt der Bund keine regionalen Interessen, und drittens kann er die Informationen über den Unternehmenstandort Schweiz ein einziges Mal und für alle Kantone einheitlich aufbereiten.

Die Ansiedlung ausländischer Unternehmen generiert dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden zusätzliche Steuereinnahmen. Dies zeigt sich unter anderem am Beispiel des Kantons Schaffhausen, der als einziger Kanton das dadurch generierte Steuersubstrat ausweist. Man höre und staune: Dieses beläuft sich für die Jahre 1998 bis 2003 auf gegen 100 Millionen Franken für den Kanton und die Standortgemeinden im Kanton Schaffhausen. Vor allem aber profitiert der Bund von den Neuansiedlungen mit Bundessteuereinnahmen von gegen 200 Millionen Franken. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich dieses Verhältnis auch in anderen Kantonen ähnlich präsentiert. Es wäre eigentlich wünschenswert, dass die Kantone ebenfalls solche Steuersubstratrechnungen anstellen würden.

Zum Antrag der WAK: Die WAK-SR und der Ständerat haben die Vorlage einstimmig angenommen. Gegenüber der Vorlage des Bundesrates haben sie lediglich die Geltungsdauer des Gesetzes von zehn auf sechs Jahre reduziert.

Die WAK-NR hat mit 13 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen den Antrag der Minderheit Spuhler auf Nichteintreten abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wurde dann der Annahme des Entwurfes mit 15 zu 1 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt. Die Kommission unterstützt den Eventualantrag bei Artikel 3. Dem Finanzierungsbeschluss bzw. dem Beschluss des Ständerates hat die Kommission schliesslich mit 17 zu 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen, dem Finanzierungsbeschluss bzw. dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen.

de Buman Dominique (C, FR), pour la commission: Il va de soi que dans l'objet "Standort: Schweiz – Réussite: Suisse – Location: Switzerland", nous traiterons la loi fédérale et l'arrêté fédéral de financement. L'entrée en matière vous a été indiquée par Monsieur Gysin. Au vote sur l'ensemble des deux projets, il y a eu des majorités respectives favorables de 15 voix contre 1 et 4 abstentions pour la loi fédérale et de 17 voix contre 2 et 5 abstentions pour l'arrêté de financement.

Il ne s'agit pas ici bien entendu de reformuler la mission de chacun des instruments de promotion économique



à disposition de la Confédération. Il s'agit aujourd'hui, en quelque sorte, de proroger sous une autre forme, tel que le prévoit la Constitution fédérale, un instrument qui fera l'objet d'un remaniement complet d'ici peu de temps.

En l'occurrence, l'objet qui nous retient a été mis sur rail législatif il y a dix ans, exactement le 6 octobre 1995, et l'Assemblée fédérale adoptait alors un arrêté concernant la promotion de l'information sur la place économique suisse. Cet arrêté de validité limitée dans le temps expirera le 28 février 2006 et son programme, appelé "Standort: Schweiz – Réussite: Suisse" – ou "Location: Switzerland" pour l'étranger –, cherche à attirer plus d'entreprises en Suisse. Par ce moyen, l'Etat tient à améliorer les conditions de l'activité économique et à faire connaître ces conditions aux investisseurs potentiels.

"Standort: Schweiz – Réussite: Suisse" mène son action en collaboration avec les cantons – cette remarque est essentielle parce que la compétence économique est d'abord cantonale en la matière – et presque chacun de ces cantons a sa propre promotion économique ou alors collabore, comme c'est le cas notamment en Suisse occidentale, avec un organe de promotion commun à plusieurs cantons. On cherche ainsi, par cet instrument fédéral, à présenter une image cohérente et unie de la Suisse et des cantons, sur le plan international, par des campagnes d'information et de promotion.

Il est important de savoir que l'instrument "Standort: Schweiz – Réussite: Suisse" est modeste puisque, dans notre pays, l'initiative appartient essentiellement au secteur privé. Il y a une correspondance de deux emplois et demi à plein temps dans le SECO et, sur le plan international, c'est environ douze personnes qui travaillent sur la base d'un mandat. Monsieur Gysin vous a donné tout à l'heure quelques chiffres, en insistant encore une fois sur la modestie des moyens qui avaient été engagés. Je vous donnerai un seul exemple complémentaire: si l'on parle de la Chine, pays en plein essor, "Standort: Schweiz – Réussite: Suisse" ne dispose que de 45 000 francs par an. Si l'on se réfère à la Suède, où l'intervention étatique est beaucoup plus élevée, il y a huit collaborateurs permanents à disposition dans ce pays. C'est dire si l'instrument que nous vous proposons de proroger aujourd'hui reste extrêmement modeste.

"Standort: Schweiz – Réussite: Suisse" ayant été examiné avec succès par l'OCDE et évalué positivement par Pricewaterhousecoopers, notamment pour son efficacité et la rentabilité de son programme, le Conseil fédéral a donc décidé d'en faire une priorité de cette période administrative et de proroger le contenu de l'arrêté fédéral qui doit revêtir maintenant, de par la Constitution, la forme d'une loi fédérale, et d'autoriser subséquentement un plafond de dépenses, qui n'est pas encore une autorisation de dépenses, légèrement plus élevé qu'aujourd'hui. Si la procédure de consultation a renvoyé un écho largement favorable à la poursuite et au renforcement de ce programme, notamment parce qu'il y a un retour sur investissement, la volonté de coordination avec les autres organismes de promotion économique tels que l'OSEC, Présence Suisse ou Suisse Tourisme s'est également exprimée de manière très forte, si bien qu'un plafond de dépenses de 9,8 millions de francs figurant dans le projet d'arrêté fédéral sur le financement a été limité volontairement à deux ans afin d'atteindre cet objectif de rationalisation. C'est l'occasion de mentionner aussi que les Commissions de l'économie et des redevances des deux chambres ont déposé chacune un postulat dans le courant de l'année 2004 (CER-CE 04.3199, CER-CN 04.3434) demandant précisément au Conseil fédéral un rapport avec des propositions et des vues visant la rationalisation de ces instruments de promotion économique. Ce rapport devrait intervenir d'ici un mois environ et ensuite la machine législative pourra se mettre en place pour, le cas échéant, modifier ces structures, mais il est incontestable que pour les années 2006 et 2007, nous avons encore besoin de la prorogation de l'intervention financière.

Ce message du Conseil fédéral s'intègre dans un cadre plus vaste de politique de croissance économique englobant de nombreux projets, dont les plus importants et les plus actuels sont la loi sur le marché intérieur et les accords bilatéraux avec l'Europe auxquels le peuple vient de donner un aval massif.

Donnant suite aux délibérations du Conseil des Etats du 2 juin dernier, la Commission de l'économie et des redevances de notre conseil a accepté l'entrée en matière sur ce projet par 13 voix contre 7 et 2 abstentions. Après les délibérations du Conseil des Etats, le texte n'a subi que quelques modifications mineures tandis que, vous le verrez tout à l'heure, dans la version actuelle de notre conseil, des propositions de minorité subsistent à divers articles.

Sachant que des propositions d'optimisation et de meilleure coordination des différents organismes seront examinées dans deux ans, la commission, au vote sur l'ensemble, s'est montrée beaucoup plus favorable qu'à l'entrée en matière et comme indiqué précédemment, a accepté ce projet par 17 voix contre 2 et 5 abstentions. Pour résumer, "Standort: Schweiz – Réussite: Suisse – Location: Switzerland" est un instrument modeste, mais



indispensable et subsidiaire. Il est nécessaire pour développer, d'entente avec les cantons, l'émergence de la Suisse sur la scène internationale.

Au nom de la commission, je vous demande d'entrer en matière sur les projets 1 et 2 de loi et d'arrêté respectivement.

Spuhler Peter (V, TG): Wir haben es hier in diesem Geschäft einmal mehr mit einer Organisation zu tun, die sehr schwierig in ein Ganzes einzugliedern ist. "Standort: Schweiz" ist eine von vielen Organisationen, eines von vielen Instrumenten, es fehlt immer mehr der Gesamtüberblick. Ich erinnere Sie daran, dass das nächste Geschäft die Osec betreffen wird, und auch da werden wir genau die gleiche Diskussion wieder führen: Wie positionieren wir diese vielen verschiedenen Organisationen in einem Gesamtkontext? Neben diesen Organisationen gibt es Pro Helvetia, Präsenz Schweiz, Sippo, Sofi, Schweiz Tourismus usw. Denken Sie daran, die finanziellen Mittel sind knapp, wir sollten dringend darangehen, einmal alles zusammen in eine Organisation zu fassen, um eine entsprechende Konzentration der Kräfte und eine Optimierung der finanziellen Mittel zu erreichen. Speziell auch hinsichtlich der Aufgabenverzichtplanung wäre es jetzt dringend notwendig, dass diese Arbeiten angegangen würden.

Für mich als Unternehmer besteht die beste Standortförderung in optimalen Rahmenbedingungen. Mit optimalen Rahmenbedingungen werden entsprechende Ansiedlungen möglich sein. Ich möchte Sie da nur an einige Sündenfälle erinnern: Denken Sie an die Doppelbesteuerung von Dividenden. Ich bezahle heute als Unternehmer, als Investor, bereits höhere Steuern hier in der Schweiz als beispielsweise in Deutschland. Denken Sie an den Bundesgerichtsfall der Erbenholding und indirekten Teilliquidation; zurzeit ist es praktisch nicht mehr möglich, bei Familiengesellschaften, KMU-Gesellschaften, entsprechende Generationenwechsel zu vollziehen. Denken Sie an den Sündenfall Mehrwertsteuer: Heute umfassen die Gesetze und Verordnungen über 2000 Seiten. Oder denken Sie auch an die permanente Aushöhlung unseres liberalen Arbeitsrechtes. Da müssen wir ansetzen, da müssen wir optimale Arbeits- und Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft schaffen.

Erinnern Sie sich auch an den Bonny-Beschluss! Das ist auch so ein Sündenfall, wo eine grosse Wettbewerbsverzerrung stattfindet zwischen bereits ansässigen Unternehmungen, Schweizer Unternehmungen und all jenen, die man mit viel Geld aus dem Ausland ansiedelt. Bestes Beispiel ist in Neuenburg die Firma Silicon Graphics, die nach zehn Jahren wieder weggezogen ist. 600 Arbeitsplätze wurden vernichtet.

Bevor wir hier also wieder neue Mittel sprechen, wäre es jetzt wirklich einmal angebracht, dass man eine Gesamtschau macht und alle diese verschiedenen Organisationen und Instrumente in einen Gesamtkontext stellt, bevor man überall ein bisschen kleckert.

Ich bitte Sie daher, meinem Minderheitsantrag auf Nichteintreten zu folgen.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu